

Nr. 20/666

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Migrantische Repräsentanz in der Verwaltung: Bildet der öffentliche Dienst die Gesellschaft ab?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/995](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1048](#))
2. Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021
(Drucksache [20/1041](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2021
(Drucksache [20/1335](#))

Nr. 20/667

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 21. Februar 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Zweiter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag) – Gesetz zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1326](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
2. Zweiter Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt über die Erfüllung der Verpflichtung Bremens aus Artikel 11 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1327](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt Kenntnis.
3. Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/1334](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

4. Erste Verordnung zur Änderung der Dreißigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2022
(Drucksache [20/1332](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 1.
Änderungsverordnung zur Dreißigsten Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1361](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.
6. Zweite Verordnung zur Änderung der Dreißigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/1339](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
7. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 2.
Änderungsverordnung zur 30. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1362](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/668

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 20/669

Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“

vom 11. Februar 2022
(Drucksache [20/1345](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ Kenntnis.

Nr. 20/670

Klimaschutzstrategie für das Land Bremen: Den Abschlussbericht der Enquetekommission zügig umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2022
(Drucksache [20/1353](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Eine zukunftsweisende Klimaschutzstrategie für Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/1368](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Analysen, Vorschläge und Empfehlungen der Enquetekommission zur Kenntnis und bedankt sich bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des Berichts.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Ermittlung eines realistischen und politisch verständigten CO₂-Reduktionsziels gegenüber 1990 von 60 Prozent bis 2030, 85 Prozent bis 2033 sowie von 95 Prozent zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2038.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) sich die im Abschlussbericht der Enquetekommission beschriebene Klimaschutzstrategie zu eigen zu machen und sich konsequent für ihre Umsetzung einzusetzen. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass dabei die im Abschlussbericht der Kommission vorgelegte Klimaschutzstrategie in politisches Handeln übersetzt und im Licht von veränderten Erkenntnissen und Umsetzungsproblemen kontinuierlich fortgeschrieben werden muss.
 - b) ihr einen Entwurf für eine Novelle des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG) vorzulegen, der die von der Kommission aufgestellten Ziele, Zwischenziele und Sektorenziele beinhaltet;
 - c) ihr bis zum Herbst 2022 einen Klimaschutz-Aktionsplan vorzulegen, der sowohl die kurzfristigen Maßnahmen enthält, die in dieser Legislaturperiode noch umgesetzt werden können, und für die mittel- und langfristigen Maßnahmen Prozesse benennt, die jetzt vorbereitet werden müssen;
 - d) die dafür erforderlichen Finanz- und Personalbedarfe darzulegen;
 - e) darzulegen, an welchen Punkten von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmen durch alternative Maßnahmen mit gleicher Wirksamkeit ersetzt werden sollen;
 - f) auf Basis des zusätzlichen Finanzierungsgutachtens der Enquetekommission geeignete Lösungsansätze für die investiven, konsumtiven und personellen Finanzbedarfe zu erarbeiten und den Gremien vorzulegen;
 - g) ein Controlling anhand der im Enquete-Bericht benannten Emissionsminderungsziele und Indikatorenziele einzurichten sowie fehlende Indikatorenziele zu ergänzen. Dies gilt insbesondere für den Verkehrssektor anhand der Daten des neuen Verkehrsnachfragemodells. Die CO₂-Emissionsminderungen im Bereich „Landes- beziehungsweise städtische Liegenschaften und Einrichtungen“ sollen einzeln aufgeführt werden;
 - h) dem einzusetzenden Sachverständigenrat entsprechend der Empfehlung der Enquetekommission jährlich einen Monitoringbericht zum Stand der Umsetzung vorzulegen;
 - i) bis spätestens Ende des dritten Quartals jeden Jahres die vorläufigen Daten der Treibhausgasemissionen und entsprechende Frühindikatoren des Landes Bremen sowie der Sektoren für das zurückliegende Kalenderjahr (Berichtsjahr) vorzulegen;

- j) die Informationen zusätzlich auf einer öffentlichen Webseite transparent und benutzungsfreundlich zur Verfügung zu stellen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht die Erwartung aus, dass die Analysen, Vorschläge und Empfehlungen der Enquetekommission sowie die ermittelten Klimaziele auch in den kommenden Legislaturperioden die Grundlage klimapolitischen Handelns bilden.
 5. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht die Erwartung aus, dass Bundesregierung und EU ihrerseits die erforderlichen Maßnahmen von Investitionen, konsumtiven Ausgaben, Förderungen und steuernden Rahmenseetzungen ergreifen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Land und Kommunen den notwendigen Handlungsspielraum für effektiven Klimaschutz erhalten. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen.
 6. Die Bürgerschaft (Landtag) ruft alle Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, wissenschaftlichen Einrichtungen, betrieblichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessensvertretungen, alle Studierenden, Schüler:innen, Beschäftigte, alle Bürger:innen auf, sich aktiv in die Umsetzung, Ausgestaltung und Durchsetzung der Klimaschutzstrategie für das Land Bremen einzubringen.

Nr. 20/672

Digitale Angebote der Polizei erweitern – Onlinewache ausbauen!

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Januar 2022
(Drucksache [20/1313](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bei der Onlinewache der Polizei Bremen auf Grundlage der Erfahrungen aus anderen Bundesländern die Gelegenheit zu schaffen, möglichst Straftaten jeglicher Art zur Anzeige zu bringen;
2. im Rahmen der Onlinewache die Möglichkeit zur Abgabe sachdienlicher Hinweise, auch in anonymer Form, zum Aussprechen von Lob und Dank, zur Mitteilung von Beschwerden sowie zum Stellen von Nachfragen zu schaffen;
3. der staatlichen Deputation für Inneres innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung über die Erweiterungen und die Erfahrungen mit der bisherigen Nutzung zu berichten.

Nr. 20/673

Teilhabe am Arbeitsmarkt fördern – Ausgleichsabgabe erhöhen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1325](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf der Bundesebene für folgende Ziele einzusetzen:

1. Die Ausgleichsabgabe pro unbesetztem Pflichtarbeitsplatz nach SGB IX soll deutlich angehoben werden. Bei der Staffelung nach Beschäftigungsquoten von Menschen mit Behinderungen sollen die Schwellenwerte angehoben werden. Zur Festsetzung der Schwellenwerte und zur Prüfung

einer Einführung eines zusätzlichen höheren Staffelbetrags für die Unternehmen, die vollständig gegen die Beschäftigungspflicht verstoßen soll der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung einbezogen werden.

2. Zu überprüfen, inwieweit es zielführend ist, die Bewertung der Ausgleichsabgabe als Betriebsausgabe gemäß § 4 Absatz 4 EStG sowie die steuerliche Absatzbarkeit der Ausgleichsabgabe abzuschaffen.
3. Zu prüfen, inwieweit es zielführend ist, die Verrechnung der Ausgleichsabgabe mit Aufträgen nur noch an Inklusionsbetriebe, nicht aber an Werkstätten für behinderte Menschen zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die neu geschaffenen einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber:innen im Zuge der Neuausschreibung der Integrationsfachdienste zum Jahr 2023 weiter zu verstärken.

Nr. 20/674

Menschen ohne Krankenversicherung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 1. Oktober 2021
(Drucksache [20/1120](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. November 2021

(Drucksache [20/1246](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/675

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden

Antrag der Fraktion der FDP vom 23. November 2021
(Drucksache [20/1244](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 20/676

Gesetz zur Änderung des Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetzes – Ausweitung des Landesmindestlohns auf europaweite Vergabeverfahren

Antrag der Fraktionen DIE LINKE der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Dezember 2021
(Drucksache [20/1283](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/677

Mantelgesetz zur Novellierung des Bremischen Naturschutz-, Jagd- und Wasserrechts

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1346](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/678

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 26

vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1358](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/679

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine unabhängige Polizeibeamtete oder einen unabhängigen Polizeibeauftragten für die Freie Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/1364](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/680

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/681

Vierte Verordnung zur Änderung der Dreißigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/1366](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Vierten Änderungsverordnung der Dreißigsten Coronaverordnung sieht.

Nr. 20/682

Dritte Verordnung zur Änderung der Dreißigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2022
(Drucksache [20/1354](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/683

Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 3. Änderungsverordnung zur 30. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/1369](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/684

Fragestunde

1. Stachelhalsbänder bei der Polizei im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Januar 2022
2. Hilfsangebote für Polizeibeamtinnen, Polizeibeamte und Angehörigen der Feuerwehren im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2022
3. Umgang mit E-Rechnungen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2022
4. Impfangebote im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2022
5. Booster-Impfungen für Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2022
6. Humanitäre Situation der Geflüchteten, die über Belarus nach Bremen eingereist sind
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 25. Januar 2022
7. Gender-Law-Professur an der Universität Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2022
8. Fortbildungsangebote für Inklusion im Kita-Bereich
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Thomas Pörschke, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2022

9. Auswirkungen der Bremer Einbürgerungskampagne
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2022
10. Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen aus Afghanistan
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. Januar 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Impfstatus und damit verbundene Folgen für mit Johnson & Johnson geimpfte Personen
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 2. Februar 2022
12. Straftaten mit Bezug zu Amateurfußballspielen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BIW) vom 16. Februar 2022

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/685

Einführung eines Bremer-Bühnen-Budgets für Live-Spielstätten und Musikclubs

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 24. Februar 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1350](#) vom 16. Februar 2022)
(Drucksache [20/1372](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in enger Zusammenarbeit mit den Akteur:innen der Clubszenen in Bremen und Bremerhaven ein Programm für die Unterstützung von Musikclubs zu erarbeiten, das sich an folgenden Kriterien orientiert:
 - a) Die Förderung richtet sich an Live-Musikspielstätten in denen regelmäßig ein künstlerisches Musikprogramm durch Musiker:innen, Bands oder künstlerisch arbeitende DJ/DJane zur Aufführung gebracht wird.
 - b) Die Fördersumme bemisst sich an den angefallenen Kosten für GEMA-Gebühren für Live-Konzerte sowie für künstlerisch arbeitende DJ/DJane und gewichtet diese gleich.
 - c) GEMA-freie Konzerte gehen gleichsam in die Bemessungsgrundlage ein.
 - d) Die Förderung richtet sich an kleine und mittlere Spielstätten bis zu einer Kapazität von 500 Personen.
 - e) Die Förderung richtet sich an Spielstätten, die nicht bereits von institutionellen Förderung profitieren oder die zu mehr als 20 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert sind.
 - f) Förderfähig sind Spielstätten, die pro Jahr mindestens zwölf Veranstaltungen durchführen, davon müssen mindestens zehn Musikveranstaltungen von Musiker:innen, Bands oder künstlerischen DJ/DJane sein.

- g) Im Falle von saisonalen Nutzungen und Zwischennutzungen wird die Mindestanzahl an Veranstaltungen anteilig gemäß den geöffneten Wochen berechnet.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb von zwölf Monaten nach Beschlussfassung über die Umsetzung zu berichten.

Nr. 20/686

Personalmangel an Schulen nicht nur verwalten, sondern die Zukunft absichern: nachhaltig planen, ausbilden und qualifizieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Februar 2022
(Drucksache [20/1352](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/687

Bremens Schulen stärken – Personalversorgung an Schulen in Bremen und Bremerhaven mittelfristig absichern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/1365](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Grundlage der Landeszuweisungsrichtlinie für unterrichtendes Personal und auf Grundlage einer zukünftigen Landeszuweisungsrichtlinie für nichtunterrichtendes pädagogisches Personal eine mittelfristige Personalbedarfsprognose für die Schulen im Land Bremen bis mindestens zum Jahr 2028 zu erarbeiten, in der die verschiedenen pädagogischen Professionen berücksichtigt werden. Bei dieser Planung sind u.a. die steigenden Schüler:innenzahlen zugrunde zu legen und Pensionierungen zu berücksichtigen. Die Planung muss nach Formen des Lehramts (analog der KMK-Lehramtstypisierung) sowie nach Fächern erfolgen, außerdem sind die steigenden Bedarfe des schulischen Ganztags und die Bedarfe zu berücksichtigen, die durch die inklusive Beschulung entstehen. Neben dem Lehramt gehören hierzu also auch die Bereiche Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Erzieher:innen, Heilerziehungspflege sowie Assistenzkräfte nach SGB VII und SGB IX.
2. eine Prognose zu erstellen, ob die erwarteten Personalbedarfe im Bereich Schule anhand der aktuellen Ausbildungskapazitäten gedeckt werden können. Dabei sind die Ausbildungskapazitäten für das Lehramt an der Universität Bremen sowie im Referendariat im Land Bremen, der Kapazitäten in den Studiengängen Soziale Arbeit an den Hochschulen im Land Bremen sowie der Ausbildungskapazitäten an den Beruflichen Schulen für Erzieher:innen, heilpädagogischen Fachkräften und sozialpädagogische Assistenzen zu berücksichtigen.
3. Maßnahmen vorzustellen, wie sich eventuell auftretende Lücken zwischen Bedarfen und Ausbildungskapazitäten ausgleichen lassen. Denkbare Maßnahmen sind neben Kapazitätserhöhungen an Universität, Hochschulen und dem Landesinstitut für Schule (LIS) auch verstärkte Bemühungen, Seiteneinsteiger:innen zu qualifizieren oder Teilzeitkräfte für eine volle Erwerbstätigkeit zu gewinnen. Zu prüfen ist auch, ob sich durch eine Aufhebung der engen Fächerbindung im Bereich des Lehramts für Inklusion an

Oberschulen/Gymnasien mehr Studierende für diesen Lehramtstyp gewinnen ließen und ob die verschiedenen Weiterbildungsangebote für das Lehramt Inklusion in beiden Stadtgemeinden fortgeführt werden sollten.

4. kurzfristige Maßnahmen vorzuschlagen, wie sich die ungleiche Personalverteilung zwischen den Stadtteilen der Stadtgemeinde Bremens ausgleichen lässt. Es ist zu prüfen, ob dies innerhalb der kommunalen Zuweisungsrichtlinie gestaltet werden kann.
5. innerhalb der Kultusminister:innenkonferenz für eine gemeinsame Ausbildungsoffensive für Lehrer:innen zu werben, mit dem Ziel, bundesweit die Ausbildungskapazitäten koordiniert anzuheben und so dem erwarteten Fachkräftemangel zu begegnen. Hierbei sollte auch im Rahmen der KMK abgewogen werden, in welcher geeigneten Form der Bund als temporären Partner einer solchen Ausbildungsoffensive dieses Vorhaben unterstützen könnte.
6. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung bis zum 30. Juni 2022 Bericht zu erstatten und dann laufend jährlich aktualisierte Planungsdaten vorzulegen.

Nr. 20/688

Flüchtlingstragödie beenden – Lukaschenko in die Schranken weisen

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1360](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Ziffer 3) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Nr. 20/689

Flüchtlingstragödie beenden – Lukaschenko in die Schranken weisen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. November 2021
(Drucksache [20/1158](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag mit der Änderung aus der Drucksache [20/1360](#) wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den abermaligen Versuch des Lukaschenko-Regimes, politische Ziele mit kriminellen Mitteln und auf Kosten von Menschen durchsetzen zu wollen. Erpressung von Staaten, Schleuserkriminalität mit Menschen auf der Flucht und Unterdrückung der eigenen Bürgerinnen und Bürger charakterisieren das diktatorische Regime in Minsk als menschenverachtende Clique, die vor verbrecherischen Methoden nicht zurückschreckt. Diesem ist nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) mit robuster internationaler Solidarität und Geschlossenheit entgegenzutreten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die beschlossenen internationalen Sanktionen, die konsequent umzusetzen, gegebenenfalls in geeigneter Form zu ergänzen und zu verschärfen sind. Dazu können einerseits Wirtschaftssanktionen zum Beispiel gegen die belarussische Kali-Industrie,

aber andererseits auch Sanktionen gegen Luftfahrtunternehmen gehören, die sich an der Schleusung von Flüchtlingen nach Belarus beteiligen.

3. Für die Bürgerschaft (Landtag) stehen die bestehenden Grundsätze des Asyl- und Flüchtlingsrechtes nicht infrage. Sogenannte Pushbacks und insbesondere Gewalt gegen Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU sind illegal und klar zu verurteilen. Für die Migrant:innen die noch im Grenzgebiet sind und von Lukaschenkos Regime unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an die Grenze gebracht worden sind, braucht es schnelle Aufnahmeverfahren, die nicht am Verteilsystem der Dublin-Verordnung scheitern dürfen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert alle EU-Mitgliedsländer dazu auf, hierbei schnell, pragmatisch und gemeinschaftlich zu unterstützen. Der Bau neuer militärischer Sperranlagen an den EU-Außengrenzen verstößt nach Auffassung der Bremischen Bürgerschaft gegen den Geist und die Prinzipien des Europäischen Gedankens.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) kritisiert nachdrücklich, dass ein solidarisches, transparentes und menschlich orientiertes europäisches Zuwanderungsrecht nach wie vor nicht existiert, geschweige denn umgesetzt wird. Hier fehlende Regelungen und mangelnder Konsens unter den europäischen Staaten sind Teil und Mitursache der gegenwärtigen Situation. Die Bürgerschaft (Landtag) erneuert ihre Erwartung, hier zu schnellen und sichtbaren Fortschritten zu kommen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Partizipation an finanzieller Förderung im Rahmen der EU, müssen stärker als bisher an die Bereitschaft geknüpft werden, gemeinsame Werte zu leben und Lasten gemeinsam zu tragen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, unabhängig davon, von welcher Mehrheit sie getragen wird, eine sofortige Initiative mit den gleichzeitigen Zielen, den Flüchtlingen im Grenzgebiet konkret und schnell humanitär zu helfen, weitere Flüchtlingsbewegungen in Richtung Belarus und dort in Richtung einer EU-Außengrenze zu verhindern sowie ein solidarisches Verteilen der bereits eingetroffenen Flüchtlinge auf möglichst viele Schultern zu organisieren. In einem ersten Schritt ist internationalen Hilfsorganisationen Zugang zu den Flüchtlingen zu ermöglichen, gleichgültig, wo sie sich aufhalten. Russland als regionale Garantiemacht ist in die Pflicht zu nehmen, seinen Einfluss auf das Lukaschenko-Regime im Sinne der Humanität geltend zu machen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert alle nationalen und internationalen Akteure auf, konsequenter, schneller und effektiver als bisher den Fluchtursachen, aber auch der international organisierten Schleuserkriminalität entgegenzutreten. Hierzu und darüber hinaus ist nicht nur eine Verstärkung der Anstrengungen und eine verbesserte Zusammenarbeit erforderlich, sondern auch eine Stärkung der internationalen Organisationen wie zum Beispiel dem Roten Kreuz oder dem UNHCR.

Nr. 20/690

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über das Studium und den Beruf von Hebammen und der Studien- und Prüfungsverordnung für Hebammen (Hebammenausführungsgesetz – HebAusfG)

Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 2021
(Drucksache [20/1137](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/691

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über das Studium und den Beruf von Hebammen und der Studien- und Prüfungsverordnung für Hebammen (Hebammenausführungsgesetz – HebAusfG)

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/1321](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 20/692

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))
2. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1082](#))
3. Nein zu häuslicher und sexueller Gewalt! Bremen zeigt klare Haltung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. November 2021
(Drucksache [20/1248](#))
4. Rückgabe geraubter Kulturgüter aus kolonialen Kontexten
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2021
(Drucksache [20/1263](#))
5. Lebenslagen im Land Bremen – Dritter Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen – 2021 –
Mitteilung des Senats
vom 7. Dezember 2021
(Drucksache [20/1269](#))
6. Wissen kann schützen! – Frühzeitig Katastrophenbewusstsein schaffen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Januar 2022
(Drucksache [20/1289](#))
7. Situation in Kuba fordert zum Handeln auf
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 6. Januar 2022
(Drucksache [20/1291](#))
8. Finanzpraxis in allen Ressorts überprüfen und Kontrollrechte des Finanzressorts ausweiten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Januar 2022
(Drucksache [20/1293](#))
9. Ridesharing-Angebote für „die letzte Meile“ schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 11. Januar 2022
(Drucksache [20/1294](#))

10. Zur aktuellen Beschäftigungssituation und Lage der Beschäftigten im Land Bremen
Große Anfrage SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/1286](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1347](#))
11. Neue Impulse für die Hafenpolitik im Land Bremen: Nachhaltige und zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Hafenstandorts Bremerhaven!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/1320](#))
12. Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1324](#))
13. 22. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau an die Bürgerschaft (Landtag) über die Tätigkeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1328](#))
14. Medienkompetenzförderung in Bremen und Bremerhaven
Gesamtstrategie und Bestandsaufnahme
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1331](#))
15. Clubs schützen und Lärmkonflikten vorbeugen – Einrichtung eines Schallschutzfonds
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/1338](#))
16. Chancengerechtigkeit durch Zukunftsscouts an weiterführenden Schulen erhöhen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Februar 2022
(Drucksache [20/1342](#))
17. Elektroschrott vermindern, Handwerk stärken und Ressourcen schonen: Reparaturoffensive für Bremen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1349](#))